

Web 2.0 – Demokratie 2.0 – homo politicus 2.0?

Prof. Gerd STROHMEIER, Ph.D.

Technische Universität Chemnitz

E-mail: gerd.strohmeier@phil.tu-chemnitz.de

Was für die einen die „neue Morgenröte der Demokratie“ war, bedeutete für die anderen „den Untergang des Abendlands“ (vgl. Katz / Lazarsfeld 1962: 20f.): Die (Weiter-) Entwicklung neuer Medien wurde stets mit Hoffnung und Skepsis gesehen – so auch die Entwicklung des Internets (zum Massenmedium). In den 1990er-Jahren hätten die Erwartungshaltungen gegenüber dem damals noch „neuen“ Medium nicht unterschiedlicher sein können. Auf der einen Seite erhoffte man sich davon eine zunehmende Globalisierung, d.h. die Entstehung einer weltweiten Kommunikationsgesellschaft (vgl. Toffler / Toffler, 1994) bzw. eines „global village“ (vgl. Weirich, 1996), eine zunehmende Individualisierung, d.h. eine zunehmende Selbstbestimmung des einzelnen Bürgers, sowie eine „Cyber-Demokratie“, d.h. eine (teilweise) Substitution der repräsentativen Demokratie durch eine direkte Online-Demokratie (vgl. Grossman, 1995). Auf der anderen Seite befürchtete man eine zunehmende Wissenskluft, d.h. einen „digital divide“ zwischen Nutzern und Nicht-Nutzern bzw. zwischen professionellen und unprofessionellen Nutzern des Internets (vgl. Meyn, 2001: 14), einen Verlust an Sozialkapital, d.h. eine zunehmende Isolation der Individuen bzw. eine wachsende Desintegration der Gesellschaft (vgl. Putnam, 1995), sowie eine Verdrängung der klassischen Massenmedien, d.h. eine (zumindest teilweise) Substitution des Fernsehens, des Hörfunks und insbesondere der Printmedien durch das Internet. Die vielfältigen – natürlich zum Teil weit überzogenen – Hoffnungen bzw. Befürchtungen, sind mittlerweile längst relativiert worden. Relativ hartnäckig hält sich jedoch die These, das Internet könne der Demokratie zu „neuem Glanz“ verhelfen. Die „neue Evolutionsstufe“ des Internets, die mit dem Begriff „Web 2.0“ etikettiert wurde, hat die Diskussion um das politische bzw. demokratische Potenzial des Internets erneut angeheizt. So wird vielfach behauptet, dass die neue Evolutionsstufe des Internets zu einer neuen Evolutionsstufe der Demokratie – also das Web 2.0 zu einer Demokratie 2.0 – führt bzw. führen könnte.

Im Folgenden wird zunächst das politische bzw. demokratische Potenzial des Internets skizziert. Es wird deutlich gemacht, welche Möglichkeiten das Internet im

Allgemeinen sowie das Web 2.0 im Speziellen für die politische Kommunikation und demokratische Partizipation bietet. Im Mittelpunkt stehen dabei die Kommunikations- und Partizipationsmöglichkeiten im staatlichen Bereich: dem Bereich des eGovernment. Anschließend wird die Nutzung(swahrscheinlichkeit) des beschriebenen Potenzials untersucht. Es wird hinterfragt, inwieweit die Internet-Nutzer bereit sind, von den verschiedenen Kommunikations- und Partizipationsmöglichkeiten im politischen Bereich Gebrauch zu machen. Dies erfolgt am Beispiel der Internet-Nutzung in der Bundesrepublik Deutschland, die hinter der in den USA zurückfällt, aber im europäischen Vergleich sehr stark ausgeprägt ist (Internet World Stats, 2009).

1. Die Möglichkeiten des Web (2.0) für die politische Kommunikation und demokratische Partizipation

Das Internet bietet über seine vielfältigen Kommunikationsmodi gegenüber den klassischen Massenmedien – Fernsehen, Hörfunk und Presse – diverse Besonderheiten, aus denen sich sowohl Vor- als auch Nachteile für die politische Kommunikation ergeben (Strohmeier, 2004: 48ff.).

Eine erste Besonderheit besteht darin, dass das Internet ein interaktives Medium, d.h. keine „Einbahnstraße“, ist – im Gegensatz zu den klassischen Massenmedien, die den Bürger mit wenigen Ausnahmen (z.B. Leserbriefen) auf die Rolle des Informationsempfängers festlegen (vgl. Zittel, 1997: 27). Das Internet bietet im Vergleich zu den klassischen Massenmedien sowohl die Möglichkeit zur Massenkommunikation als auch die Möglichkeit zur Individualkommunikation – und weicht zugleich deren Strukturen auf: „Die am Verhältnis von Produktions- und Rezeptionsseite ansetzende kommunikationswissenschaftliche Unterscheidung von Massen-, Gruppen- und Individualkommunikation verbietet sich, weil Online-Medien die Rollensymmetrie von Sender und Empfänger auflösen. Ihre Nutzer sind erstmalig beides zugleich: Sender und Empfänger“ (Winter, 1998: 274).

Eine zweite Besonderheit der Internet-Kommunikation zeigt sich darin, dass keine zentrale Stelle existiert, die das Informationsangebot des Internets koordiniert, selektiert und transformiert bzw. zensiert. Folglich kann nicht nur jeder zum Informationsanbieter werden, sondern auch jeder Informationsanbieter seine Informationen direkt und unverzerrt vermitteln (vgl. Leggewie, 1997: 13). Dies bedeutet, dass das Informationsangebot im Internet grundsätzlich der Selektions- und Transformationsmacht klassischer Gate Keeper entzogen ist: „It provides the opportunity to make messages available without filtering or interpretation by journalists, without the enormous costs associated with commercial television or the constraints of public or ‘free’ television“ (D’Alessio, 1997: 489). Allerdings existieren innerhalb einzelner Web-Angebote, wie z.B. dem Angebot von www.spiegel.de, natürlich ebenfalls Selektions- und Transformationsmechanismen.

Eine dritte Besonderheit der Internet-Kommunikation besteht darin, dass das Internet eine enorme Vielfalt an Darstellungs- und Kommunikationsmöglichkei-

ten bietet: Es kann Text, Bild, Ton und bewegtes Bild (Multimedialität) in großen Informationsmengen (Kapazität) über große räumliche Distanzen sowie auf äußerst schnellem Wege (Aktualität) – dauerhaft – verfügbar machen: „Messages can be duplicated, stored, edited, and rebroadcasted cheaply, easily, and without any loss of information in the process“ (Bonchek, 1998: 1f.). Dabei wird sehr gut deutlich, dass das Internet die klassischen Massenmedien technisch zu integrieren und funktional zu ergänzen vermag.

Eine vierte Besonderheit zeigt sich darin, dass das Internet einen äußerst hohen Grad an Nutzeraktivität voraussetzt: „By design, the Web encourages active, rather than passive, use“ (D’Alessio, 1997: 489). Selbst „passive Internet-Nutzer“, d.h. „reine Informationskonsumenten“, müssen die von ihnen gewünschten Informationen suchen und abrufen. Das Internet kann deshalb unmöglich Nutzer beiläufig mit politischen Informationen konfrontieren: Politische Kommunikation im Internet ist ohne aktive –politisch interessierte und entsprechend motivierte – Nutzer unmöglich.

Aus den spezifischen Besonderheiten der Internet-Kommunikation, die sich gegenüber der Kommunikation in den klassischen Massenmedien ergeben, resultieren diverse Vor- und auch Nachteile für den politischen Raum. Zentrale Vorteile sind sicherlich die Vernetzung, die Transparenz und die Partizipation, wesentliche Nachteile die mögliche Anonymität bzw. fiktive Identität der Nutzer, die fehlende Selektivität des Netzes (die Manipulations- und Missbrauchsmöglichkeiten schafft) sowie nach wie vor eine gewisse „Exklusivität“ der (aktiven) „Internet-Population“. Mit Blick auf das Potenzial des Internets für die politische Kommunikation und demokratische Partizipation ist festzuhalten, dass das Internet zur Politisierung in gleicher Weise wie zur Entpolitisierung seiner Nutzer beitragen kann. Einerseits bietet das Internet diverse Möglichkeiten zur politischen Kommunikation und demokratischen Partizipation, die zum Teil weit über die in den klassischen Massenmedien gebotenen Möglichkeiten hinausreichen. Andererseits bietet das Internet auch die Möglichkeit, politische Informationen völlig zu umgehen. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang, dass das Internet den politischen Nutzer nicht generiert, sondern voraussetzt.

Besonders groß ist das Potenzial für die politische Kommunikation und demokratische Partizipation im Rahmen des Web 2.0. Die Antwort auf die Frage, was das Web 2.0 ist bzw. vom „Web 1.0“ unterscheidet, ist zunächst relativ „ernüchternd“. Das Web 2.0 ist weder ein neues Netz noch ein anderes Netz, sondern vielmehr ein (sich weiterentwickelnder) Teil des bisher bekannten Netzes: der Teil, der sich durch Partizipation und Interaktion auszeichnet. Deshalb wird das Web 2.0 auch als „Mitmachnetz“ etikettiert, das laut Tim O’Reilly (zit. in Busemann / Gscheidle, 2009: 356) zur „Nutzbarmachung der kollektiven Intelligenz“ beiträgt. Folgende Internet-Angebote lassen sich folglich als Web 2.0-Angebote identifizieren:

- Weblogs (Blogs): Angebote, auf denen Einträge verfasst, kommentiert und verlinkt werden können.

- die Onlineenzyklopädie Wikipedia.
- Foto- und Videocommunitys: Angebote, auf denen Bilder oder Videos präsentiert, kommentiert und verlinkt werden können (z.B. YouTube).
- Soziale Netzwerke/Communitys: Angebote, auf denen sich Nutzer (beruflich oder privat) mit einem Profil präsentieren, vernetzen und kommunizieren können (z.B. Facebook).
- Soziale Lesezeichensammlungen: Angebote, auf denen Nutzer „Bookmarks“ präsentieren und indexieren können.

Die Web 2.0-Angebote können in unterschiedlicher Weise für die politische Kommunikation und demokratische Partizipation genutzt werden. Besondere Bedeutung kommt dabei natürlich den Kommunikations- und Partizipationsmöglichkeiten im Bereich des eGovernment zu. Unter dem Begriff eGovernment im weiteren Sinne lassen sich im Wesentlichen drei Bereiche fassen:

- eAdministration bzw. eGovernment im engeren Sinne: „die Abwicklung von staatlichen Dienstleistungen und amtlichen Verwaltungsakten mit elektronischen Mitteln“ (Bayerische Staatsregierung, 2008: 4).
- eParticipation: die Teilhabe von Bürgern am staatlichen Willensbildungsprozess (z.B. an der Diskussion zu Gesetzentwürfen).
- eDemocracy: die Teilhabe von Bürgern am staatlichen Entscheidungsprozess (z.B. an der Gesetzgebung).

Der Bereich der eAdministration führt natürlich nicht zu einer (qualitativen) Veränderung oder Weiterentwicklung der Demokratie. Ähnlich wie bei der elektronischen Briefwahl (eVoting) werden nur bestimmte Verfahren, die bislang außerhalb des Internets praktiziert wurden, über das Internet abgewickelt. Allerdings bietet das Internet, speziell das Web 2.0, wie unten anhand einiger Beispiele aus den USA gezeigt wird, verschiedene (Partizipations-)Möglichkeiten, mit denen diese Verfahren „angereichert“ werden können.

Eine (qualitative) Veränderung oder Weiterentwicklung der Demokratie ist hingegen im Bereich der eParticipation zu sehen. Fraglich ist allerdings, inwiefern eine technisch mögliche Teilhabe am staatlichen Willensbildungsprozess auch eine faktische Beeinflussung der staatlichen Willensbildung bedeutet.

Ein Höchstmaß an (qualitativer) Veränderung oder Weiterentwicklung der bestehenden Demokratie würde natürlich die Realisierung des Konzepts der eDemocracy implizieren – sofern dadurch nicht einfach bereits bestehende plebiszitäre Elemente (partiell) über das Internet abgewickelt werden.

Dass eine Teilhabe am staatlichen Willensbildungs- sowie vor allem am staatlichen Entscheidungsprozess technisch möglich sein kann, heißt noch lange nicht, dass sie politisch auch wünschenswert sein muss. Zumindest gegen eine Teilhabe am politischen Entscheidungsprozess sprechen diverse Gründe, die sich

im Wesentlichen mit den Gründen für eine repräsentative und gegen eine direkte Demokratie decken. Schließlich ist die Frage nach der Teilhabe der Bürger am politischen Entscheidungsprozess primär keine onlinespezifische, sondern im Kern eine demokratietheoretische Frage. Nicht zuletzt auch aufgrund der (berechtigten) Skepsis gegen direktdemokratische politische Entscheidungen bleiben moderne Demokratien weltweit hinter den Möglichkeiten zurück, die das Internet in diesem Bereich bietet. Jedenfalls bewegt sich das in modernen Demokratien praktizierte eGovernment weitestgehend zwischen dem Bereich der eAdministration und dem Bereich der eParticipation.

Welche Möglichkeiten das Internet in diesem Rahmen bietet, wird sehr gut in den USA deutlich, wo das eGovernment verhältnismäßig stark ausgebaut und ausgereift ist – wie die Online-Projekte usa.gov, recovery.gov, data.gov, regulations.gov und change.gov (Your Seat at the Table) zeigen.

Unter usa.gov können Bürger diverse staatliche Informationen abrufen, Verwaltungsdienstleistungen (z.B. die Erneuerung der Fahrerlaubnis) abwickeln und sich beraten lassen. Das Angebot ist laut UN-Bericht zu eGovernment 2008 weltweit eines der am stärksten ausgereiftesten Projekte im Bereich des eGovernment: „one of the most comprehensive and effective government websites in existence“ (United Nations, 2008: 29).

Unter recovery.gov können Bürger staatliche Ausgaben – bis zur Postleitzahlebene – detailliert aufgeschlüsselt abrufen sowie auch Missbrauchsfälle bzw. Verdachtsfälle elektronisch melden.

Unter data.gov können Bürger diverse Datensätze (u.a. zu Energie und Umwelt oder zur NASA) abrufen, kommentieren und nach einem Ratingsystem bewerten.

Unter regulations.gov können Bürger Regierungsdokumente (z.B. vorgeschlagene Rechtsakte) einsehen, kommentieren und Anträge bzw. Petitionen einreichen.

Unter change.gov (Your Seat at the Table) können Bürger Termine des Präsidenten mit Lobby-Vertretern abrufen sowie Positionspapiere von Lobbyisten einsehen und kommentieren.

Diese Beispiele zeigen nur einen Ausschnitt der Möglichkeiten, die das Internet im Bereich des eGovernment bietet. So ist eine Vielzahl weiterer eGovernment-Angebote denkbar. Fraglich ist allerdings, inwiefern derartige Angebote auch nachgefragt werden, d.h. inwiefern das Internet überhaupt politisch genutzt wird.

3. Die (politische) Nutzung des Web (2.0) in Deutschland

Die Frage nach der politischen Nutzung des Internets wirft zunächst natürlich die Frage nach der allgemeinen Nutzung des Internets auf. In Deutschland ist die Zahl der Internet-Nutzer bis 2003 rasant angestiegen: von 6,5 Prozent bzw. 4,1 Millionen im Jahr 1997 auf 53,5 Prozent bzw. 34,4 Millionen im Jahr 2003. Danach hat sich

das Wachstum der Internet-Nutzer erheblich verlangsamt. Im Jahr 2009 nutzten 67,1 Prozent bzw. 43,5 Millionen Deutsche das Internet (vgl. Abbildung 1).

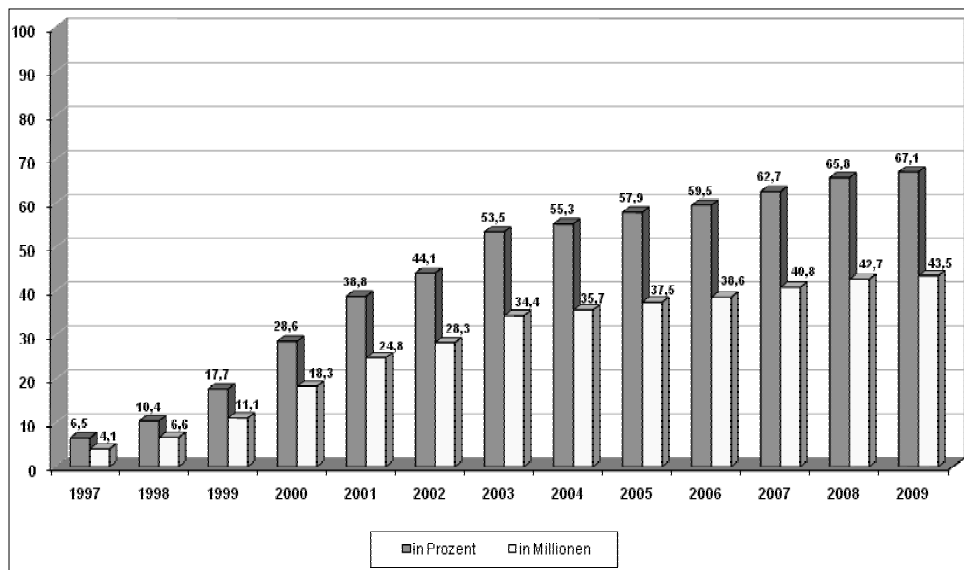


Abbildung 1: Entwicklung der Onlinenutzung in Deutschland in Prozent / in Mio.
Quelle: Eimeren / Frees, 2009: 335; Basis: Erwachsene ab 14 J. in Deutschland.

Nach wie vor gibt es gewisse (sozioökonomische) Unterschiede zwischen den Internet-Nutzern und den Nicht-Internet-Nutzern bzw. – anders ausgedrückt – formen die Internet-Nutzer kein repräsentatives Abbild der Gesamtbevölkerung. So nutzen von den jungen Menschen mehr das Internet als von den alten Menschen – allerdings nutzen nicht mehr junge Menschen das Internet als alte Menschen. Aufgrund der Altersstruktur der Gesamtbevölkerung sind zwar – anteilig betrachtet – 97,5 Prozent der 14-19-Jährigen und 27,1 Prozent der über 60-Jährigen, aber – in absoluten Zahlen betrachtet – 5 Millionen 14-19-Jährige und 5,3 Millionen über 60-Jährige online (vgl. Abbildung 2). Bei sämtlichen das Internet betreffenden Überlegungen im politischen Bereich ist jedoch vor allem zu berücksichtigen, dass das Internet nach wie vor von einem sehr großen Teil der Bevölkerung nicht genutzt wird – wodurch es zwangsläufig nur als „Ergänzung“ zu Strukturen und Prozessen außerhalb des Internets dienen kann.

Um das politische Wirkungspotenzial des Internets richtig einschätzen zu können, muss Folgendes berücksichtigt werden: Nicht jeder Deutsche nutzt das Internet, nicht jeder deutsche Internet-Nutzer ist politisch interessiert und nicht jeder politisch interessierte deutsche Internet-Nutzer nutzt das Internet politisch. Auffallend ist, dass beim Abruf von Nachrichten und aktuellen Informationen nach wie vor die klassischen Massenmedien dominieren (vgl. Abbildung 3).

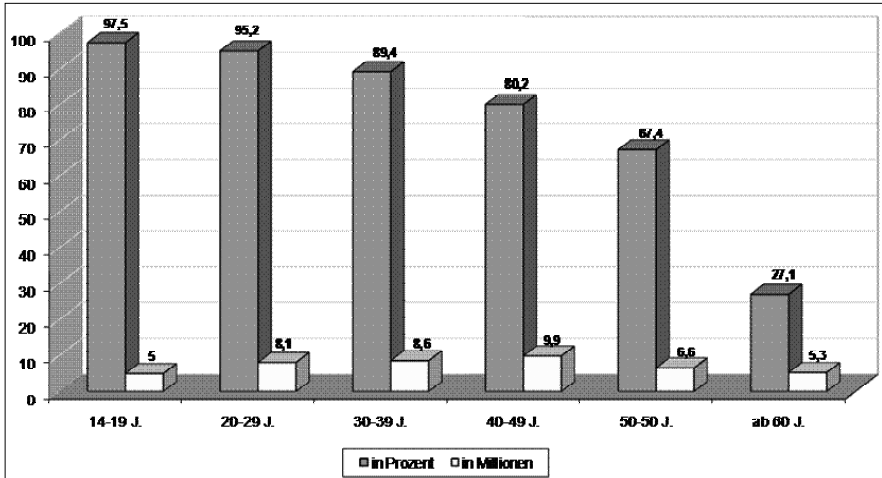


Abbildung 2: Onlinenutzung in Deutschland 2009 nach Alter in Prozent/Mio.
Quelle: Eimeren / Frees, 2009: 336f.; Basis: Erwachsene ab 14 J. in Deutschland.

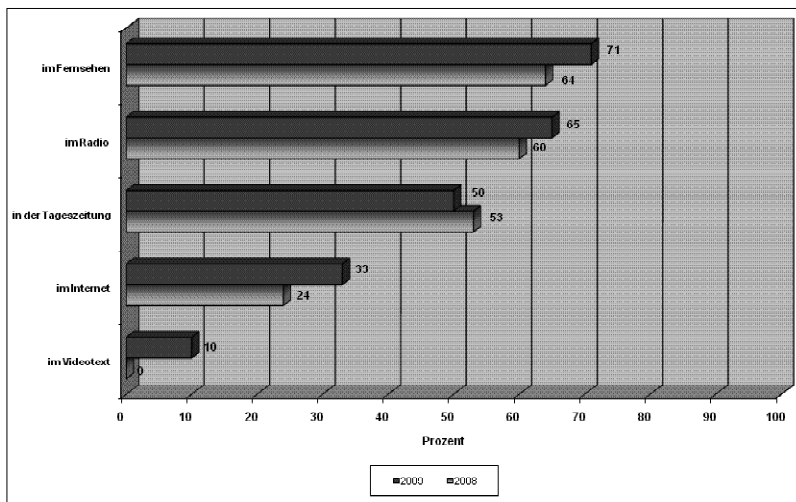


Abbildung 3: Mediennutzung zum Abruf von Nachrichten und aktuellen Informationen
Quelle: Eimeren / Frees, 2009: 343; Basis: Onlinenutzer ab 14 J. in Deutschland,
die am Thema (sehr) interessiert sind.

Um das Wirkungspotenzial des Web 2.0 richtig einschätzen zu können, ist die Nutzung der spezifischen Web 2.0-Angebote zu betrachten. Dabei fällt auf, dass ein sehr großer Anteil der Internet-Nutzer überhaupt keinen Gebrauch von diesen Angeboten macht. Am meisten werden noch Wikipedia und Videoportale genutzt. Weblogs, die für einen politischen Gedankenaustausch geradezu prädestiniert sind, wurden von 92 Prozent der Internet-Nutzer noch nie genutzt (vgl. Abbildung 4).

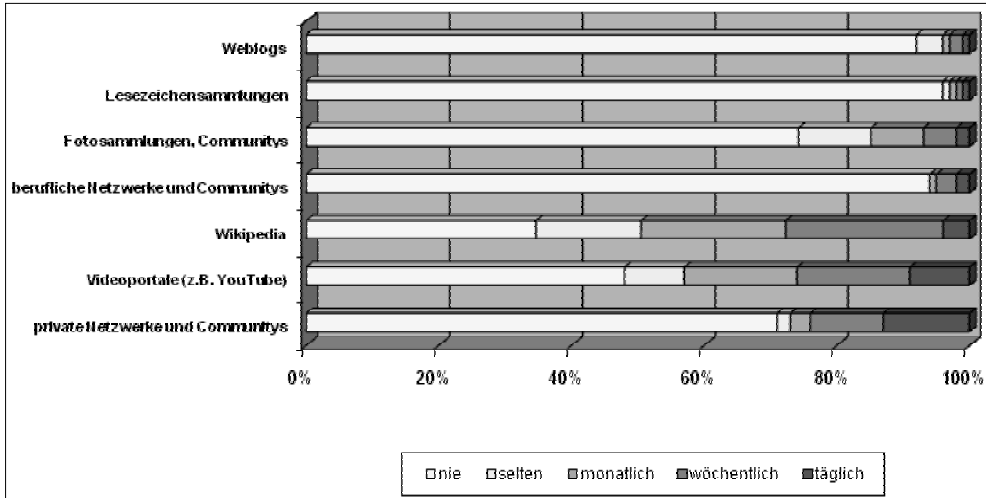


Abbildung 4: Nutzungsfrequenz von Web 2.0-Angeboten 2009

Quelle: Busemann / Gscheidle, 2009: 359; Basis: Onlinenutzer ab 14 J. in Deutschland.

Entscheidend mit Blick auf die Web 2.0-Angebote ist aber eigentlich nicht die Frage, *ob* sie genutzt werden, sondern wie *sie* genutzt werden – konkret: ob sie *aktiv* genutzt werden. Eine Betrachtung der Art der Nutzung der Web 2.0-Angebote zeigt, dass ein sehr großer Anteil der Internet-Nutzer Web 2.0-Angebote nur passiv nutzt. Nur vier Prozent der Internet-Nutzer haben schon einmal selbst einen Blog verfasst. Am größten ist die aktive Nutzung mit 29 Prozent noch bei den – relativ unpolitischen – privaten Netzwerken und Communities (vgl. Abbildung 5).

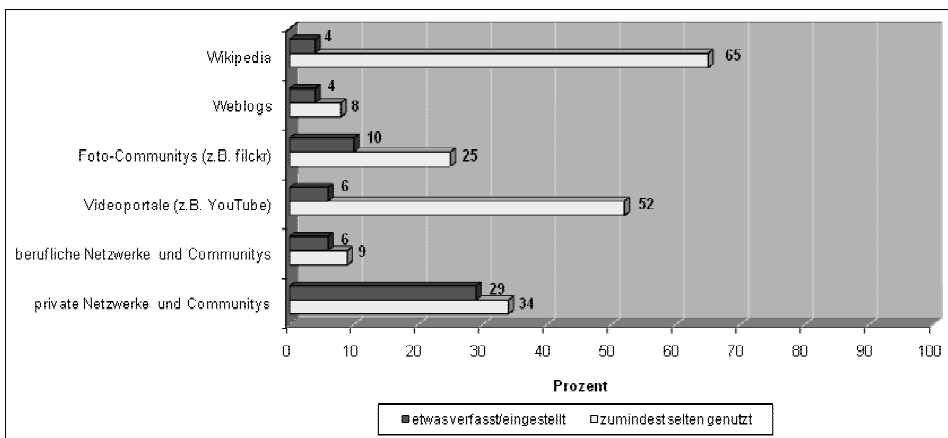


Abbildung 5: Aktive und passive Nutzung von Web 2.0-Angeboten 2009

Quelle: Busemann / Gscheidle, 2009: 363; Basis: Onlinenutzer ab 14 J. in Deutschland.

Das Interesse, Web 2.0-Angebote aktiv zu nutzen, ist in den letzten Jahren auch nicht wirklich gestiegen. Im Jahr 2009 ist das aktive Verfassen und Publizieren von Beiträgen im Internet für knapp die Hälfte der Internet-Nutzer (48 Prozent) überhaupt nicht und für 22 Prozent weniger interessant (vgl. Abbildung 6).

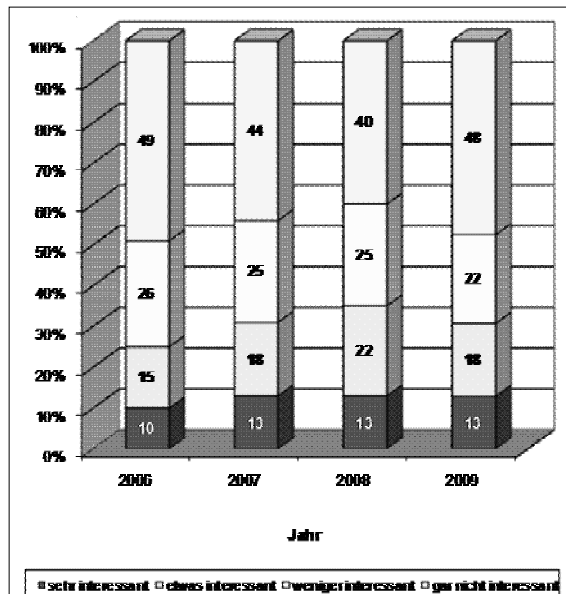


Abbildung 6: Interesse, aktiv Beiträge zu verfassen und ins Internet zu stellen (2006 – 2009)
Quelle: Busemann / Gscheidle, 2009: 357; Basis: Onlinenutzer ab 14 J. in Deutschland.

Fazit

Das Internet, speziell das Web 2.0, bietet im Vergleich zu den klassischen Massenmedien diverse Möglichkeiten für die politische Kommunikation und demokratische Partizipation. Sie umfassen die Bereiche eAdministration (die Abwicklung von staatlichen Dienstleistungen und amtlichen Verwaltungsakten), eParticipation (die Teilhabe von Bürgern am staatlichen Willensbildungsprozess) und eDemocracy (die Teilhabe von Bürgern am staatlichen Entscheidungsprozess). Gerade mit Blick auf die eDemocracy ist jedoch festzuhalten, dass nicht alles, was durch das Internet technisch möglich ist, auch politisch wünschenswert sein muss. Dies wird u.a. auch dadurch deutlich, dass das eGovernment in modernen Demokratien hinter den Möglichkeiten zurückbleibt, die das Internet bietet. Auch in den USA bewegt sich das eGovernment zwischen dem Bereich der eAdministration und dem Bereich der eParticipation.

Dass Angebote im Bereich des eGovernment existieren, bedeutet aber noch lange nicht, dass diese (umfassend) genutzt werden. Eine Betrachtung der Internet-Nutzung in Deutschland zeigt, dass mittlerweile relativ viele Menschen das Internet nutzen, es

aber immer noch einen verhältnismäßig hohen Anteil an Nicht-Internet-Nutzern gibt, die Internet-Nutzer kein repräsentatives Abbild der Gesamtbevölkerung darstellen und ein sehr großer Teil der Internet-Nutzer das Internet nicht politisch nutzt. Entscheidend mit Blick auf das Wirkungspotenzial des Web 2.0 ist, dass viele Internet-Nutzer überhaupt keinen Gebrauch von Web 2.0-Angeboten machen, ein Großteil davon Web 2.0-Angeboten nur passiv nutzt und in den letzten Jahren auch kein wachsendes Interesse zur aktiven Nutzung von Web 2.0-Angeboten zu verzeichnen war.

Das Internet, speziell das Web 2.0, bietet sicherlich diverse Vorteile für die politische Kommunikation und demokratische Partizipation, v.a. im Bereich des eGovernment, eine neue Form der Demokratie, eine Demokratie 2.0, hat es jedoch ebenso wenig hervorgebracht wie einen „homo politicus 2.0“.

Literatur

- Bayerische Staatsregierung: eGovernment, München: Weber Offset, 2008.
- Busemann, Katrin / Gscheidle, Christoph: Web 2.0: Communitys bei jungen Nutzern beliebt, Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2009, in: Media Perspektiven 7/2009, S. 356 - 364.
- Bonchek, Mark S.: Conclusion to From Broadcast to Netcast: The Internet and the Flow of Political Information, auf: <http://www.institute.strategosnet.com/msb/thesis/conclusion/conclusion.htm>, 18.11.1998.
- D'Alessio, Dave: Use of the World Wide Web in the 1996 US Election, in: Electoral Studies, 16 (1997) 4, S. 489 - 500.
- Eimeren, Birgit van / Frees, Beate: Der Internetnutzer 2009 – multimedial und total vernetzt?, Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2009, in: Media Perspektiven 7/2009, S. 334 - 348.
- Grossman, Lawrence K.: The Electronic Republic, Reshaping Democracy in the Information Age, New York: Viking, 1995.
- Internet World Stats: Usage and Populations Statistics, Internet Usage in Europe, <http://www.internetworldstats.com/stats4.htm#europe>, 30.06.2009.
- Katz, Elihu / Lazarsfeld, Paul F.: Persönlicher Einfluss und Meinungsbildung, Wien: Verlag für Geschichte und Politik, 1962.
- Leggewie, Claus, NETZIENS oder: Der gut informierte Bürger heute, in: Transit, 13 (1997), S. 3 - 25.
- Meyn, Hermann: Massenmedien in Deutschland, in: Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin (Hrsg.), Sonderausgabe der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Konstanz: UVK Medien, 2001.
- Putnam, Robert D.: Bowling Alone, America's Declining Social Capital, in: Journal of Democracy, 6 (1995) 1, S. 65 - 78.
- Strohmeier, Gerd: Politik und Massenmedien, Eine Einführung, Reihe: Studienkurs Politikwissenschaft, Baden-Baden: Nomos, 2004.

- Toffler, Alvin / Toffler, Heidi: Überleben im 21. Jahrhundert, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1994.
- United Nations: UN E-Government Survey 2008, From E-Government to Connected Governance, New York: Litho in United Nations, 2008.
- Weirich, Dieter: Kulturelle Andersheit versus mediale Einheitskultur, Der Einfluss globaler Kommunikation und Information auf Menschenbild und Identität, in: Erl, Willi / Padagaonkar, Dileep / Ragab, Hassan / Scharlau, Winfried (Hrsg.): Informationsgesellschaft und Demokratie, Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, Aktuelle Fragen der Politik Nr. 47, 1997.
- Winter, Carsten: Internet / Online-Medien, in: Faulstich, Werner (Hrsg.): Grundwissen Medien, 3. Auflage, München: Fink, 1998.
- Zittel, Thomas: Über die Demokratie in der vernetzten Gesellschaft, Das Internet als Medium politischer Kommunikation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/1997, S. 23 - 29.